



*Vorurteile abbauen,
antisemitische Ressentiments
bekämpfen*

Modellprojekt im Rahmen
des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

Monitoring des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V.

Jahresbericht 2015

Inhalt

1) Allgemeines zur Erhebungsmethode und -darstellung	2
2) Antisemitismus	3
3) Rassismus	10
4) Rechtsextremismus	17
5) Homophobie	22



1) Allgemeines zur Erhebungsmethode und –darstellung des Jahresberichts

Das Monitoring des JFDA versammelt täglich Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland um interessierten oder auch betroffenen Personen einen Eindruck über die aktuelle Lage zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden täglich Polizei- und Pressemeldungen mit einer festgelegten Liste von Suchwörtern und Suchwortkombinationen zu den Themen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Homophobie durchsucht. Ergänzt wird die Recherche durch einzelne Internetfundstücke und persönliche Zusendungen. Alle einschlägigen Meldungen werden anschließend im Blog [„Monitoring“](#) des JFDA veröffentlicht. Diesem Bericht liegt die Gesamtheit dieser Vorfälle zugrunde.

Sämtliche Vorfälle sind hier unterteilt in die Kategorien Antisemitismus, Rassismus (Fremdenfeindlichkeit), Rechtsextremismus und Homophobie dargestellt. Diese Aufteilung orientiert sich in erster Linie an dem aus dem Kontext des jeweiligen Vorfalls rekonstruierten Motiv der beteiligten Personen. Ob eine gruppenbezogen menschenfeindliche Motivation vorliegt und gegen welche Gruppe sie sich richtet, wird anhand einer jeder Kategorie zugrunde gelegten Definition bewertet (vgl. die einzelnen Abschnitte).

Die vier definierten Kategorien sind zur besseren Veranschaulichung in fünf Arten von Vorfällen eingeteilt, namentlich Beleidigung und Beschimpfung, Bedrohung, Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Menschen und Propaganda. Diese sind nicht deckungsgleich mit juristischen Straftatbeständen, wofür sich zwei maßgebliche Gründe angeben lassen. Zum einen soll nicht der Eindruck erweckt werden alle Vorfälle seien von der Erfassung bis zur rechtsgültigen Verurteilung verfolgt worden. Zum anderen liegen bei vielen Vorfällen mehrere mögliche Straftatbestände vor die gerichtlich in Tateinheit verhandelt werden, die hier der Übersichtlichkeit halber einer übergreifenden Kategorie zugeordnet werden, wobei meist der schwerwiegendste Tatbestand berücksichtigt wird. Da es sich bei diesem Jahresbericht um keine quantifizierende Statistik handelt, sondern um eine Veranschaulichung des täglichen Monitoring, wurde dabei der Fokus weniger auf Vergleichbarkeit, als auf Plastizität gelegt.

Die hier gegebene Dokumentation menschenfeindlicher Vorfälle erhebt weder in ihrer Gesamtheit, noch hinsichtlich einzelner Kategorien Anspruch auf Vollständigkeit. Auch lassen sie keine Rückschlüsse auf quantitativ präzise Entwicklungen oder Trends zu. Sie kann jedoch einen Eindruck vermitteln welche Erscheinungsformen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Jahre 2015 angenommen hat und wer unter dieser leidet. Einen quantitativ genaueren und auf Vollständigkeit zielenden Überblick vermitteln die offizielle Statistik der deutschen Behörden im Bereich „politisch motivierter Kriminalität“ und die Veröffentlichungen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Das Ziel des JFDA besteht hingegen darin, die Erfahrung des täglichen Monitoring für die pädagogische Vermittlung aufzubereiten.

2) Definition und Erhebung antisemitischer Vorfälle

In der Studie "Manifestations of anti-Semitism in the European Union" wird 2003 darauf hingewiesen, dass vergleichende Untersuchungen über Antisemitismus in den Ländern der Europäischen Union unter anderem deshalb auf Probleme stoßen, weil Behörden in den jeweiligen Ländern ihren Erhebungen unterschiedliche Definitionen von Antisemitismus zugrunde legen. Als Auftraggeber der Studie reagierte die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) darauf 2005 mit der Empfehlung der "Arbeitsdefinition Antisemitismus"¹. Diese bestimmt Antisemitismus wie folgt:

Der Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Der Deutsche Bundestag empfiehlt im Jahr 2008 die Definition als Grundlage für die Arbeit aller staatlichen Behörden zu verwenden. Dadurch soll der staatliche und zivilgesellschaftliche Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus besser koordiniert werden können. Zur Begründung heißt es in einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen:

Angesichts leider immer noch stark verbreiteter antisemitischer Vorurteile in der Bevölkerung, dem hohen Aufkommen antisemitischer Hetze im Internet, der unverändert hohen Zahl antisemitisch motivierter Straftaten sowie dem Fortbestand antisemitischer Mythen und Klischees im öffentlichen Diskurs ist es unabdingbar, den Ursachen und Symptomen des Antisemitismus mit unvermindertem Einsatz zu begegnen.

Die Gefahren des Antisemitismus waren deshalb wiederholt Thema in Debatten des Deutschen Bundestages und der Befassung in Gremien, zuletzt in einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2008. Gegenstand war u.a. die regelmäßige Erstellung eines Antisemitismusberichtes.

¹ <http://www.antisem.eu/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus>

Der Deutsche Bundestag beschließt, die Berücksichtigung und Verwendung der Arbeitsdefinition von Antisemitismus des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte für die Arbeit staatlicher Behörden zu empfehlen.²

NGOs und jüdische Organisationen fordern seitdem die konsequente Anwendung der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle, wie etwa zuletzt im "10-Punkte-Plan" des AJC Berlin vom März 2016.³ Denn noch immer sind Diskrepanzen zwischen offiziellen Zahlen der Behörden zu antisemitischen Vorfällen und denen von NGOs festzustellen.⁴ Beispielsweise werden im Bericht "Antisemitism - overview of data available in the European Union 2004-2014" offizielle und inoffizielle Daten über antisemitische Vorfälle in Deutschland unvermittelt nebeneinander gestellt.⁵

Eine weiteres Problem besteht darin, dass in den behördlichen Statistiken antisemitische Straftaten fast ausschließlich dem Feld "politisch motivierte Gewalt rechts" zugeordnet werden, im Jahr 2012 etwa zu 95,6%.⁶ Dies widerspricht der Wahrnehmung der von antisemitischen Vorfällen betroffenen Personen. Diese geben mehrheitlich an, dass Übergriffe ihnen gegenüber in erster Linie von Menschen mit muslimischem Hintergrund oder auch als "links" wahrgenommenen Personen ausgehen.⁷

Eine mögliche Erklärung dieser Unterschiede ist, dass Mitarbeiter von Behörden hinsichtlich antisemitischer Vorfälle prinzipiell einen rechtsextremen Zusammenhang unterstellen. Ein schwerwiegenderes Problem würde jedoch dann vorliegen, wenn Behörden Vorfälle bei denen kein rechtsextremer Hintergrund festgestellt werden kann prinzipiell nicht als antisemitisch bewerten, etwa wenn es sich "nur" um Angriffe gegen den Staat Israel durch Linke und/oder Muslime handelt. Im diesem Fall bietet die Anwendung der Arbeitsdefinition den Vorteil Kriterien darüber anzugeben wann es sich bei scheinbarer "Israelkritik" tatsächlich um Antisemitismus handelt.

Übersicht der dokumentierten Vorfälle 2015

Im Jahr 2015 sind Jüdinnen und Juden in Deutschland Opfer zahlreicher verbaler und gewalttätiger Übergriffe gegen die eigene Person oder ihr Eigentum geworden. Darüber hinaus

² Deutscher Bundestag, Drucksache 16/10775

³ <http://ajcberlin.org/de/media/berichte/10-punkte-plan-zur-bek%C3%A4mpfung-des-antisemitismus>

⁴ <http://ajcberlin.org/de/meldungen/ajc-mahnt-%C3%BCberarbeitung-des-antisemitismus-erfassungssystems>

⁵ <http://fra.europa.eu/en/publication/2015/antisemitism-overview-data-available-european-union-2004-2014>

⁶ vgl.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2013/04/zahlen-politisch-motivierte-kriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile

⁷ vgl. Studie von 2013 "Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus", S. 50; http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_de.pdf

kam es zu Beschädigungen und Schändungen von Symbolen des Judentums als Ganzem, wie etwa Synagogen, Friedhöfen oder Denkmälern, die an die Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten erinnern.

Taten wie diese lassen eine antisemitische Motivation ohne weiteres erkennen. Darüber hinaus zeigen die hier dargestellten Vorfälle jedoch ebenfalls, dass der Hass auf Juden auch ganz andere Formen annehmen kann. So wird in einem Fall ein als Jude erkennbarer Israeli dadurch beschimpft, dass ihm der bloße Name „Jude“ an den Kopf geworfen wird, in einem anderen Fall wird ein Jude dagegen als „Nazi“ beschimpft. Obwohl auf den ersten Blick scheinbar Gegenteiliges gesagt wird, handelt es sich in beiden Fällen um antisemitische Beschimpfungen. Im zweiten Fall handelt es sich lediglich um eine Verschiebung der Aggression, da zum einen der Beschimpfte für das Handeln anderer – namentlich des Staates Israel, wie aus dem Kontext erkennbar ist – verantwortlich gemacht wird, zum anderen die Politik Israels aus Hass vollkommen falsch dargestellt wird, indem sie mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wird.

Ein ähnliches Verhältnis besteht, wenn man den Fall der Brandstiftung an einer Gedenkstätte der Judenvernichtung mit der Entfernung des Hinweises auf die israelische Stadt Haifa vergleicht. Im ersten Fall soll offenbar ausgedrückt werden, dass der oder die Täter die Verbrechen des Nationalsozialismus an den europäischen Juden nicht anerkennen und deren Andenken bekämpfen. Im zweiten Fall soll gezeigt werden, dass man die Partnerschaft der Stadt Bremen mit der israelischen Stadt Haifa nicht anerkennt. Der Antisemitismus ist dadurch erkennbar, dass der jüdische Staat Israel der einzige Staat ist, dessen Recht zu existieren heutzutage regelmäßig nicht anerkannt wird.

Auswahl antisemitischer Vorfälle 2015

Beleidigung/Beschimpfung

(Berlin, 01.01.2015) Antisemitische Gesänge und gewaltsamer Übergriff

„Nachdem in der Silvesternacht ein Israeli eine Gruppe, die in einer Berliner U-Bahn judenfeindliche Gesänge angestimmt hatte, aufgefordert hatte, dies zu unterlassen, wurde er nach dem Aussteigen aus der U-Bahn von der Gruppe bespuckt, geschlagen und getreten.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Frankfurt, 28.01.2015) Antisemitischer Vorfall in Frankfurt

Ein Mitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt wurde am späten Abend am offenen Fenster ihres Zuhauses vom Fahrer eines roten Kombis aus dem Auto heraus beschimpft mit den Worten: „Du alte Judenschlampe, Dich kriegen wir auch noch.“

Quelle: [honestlyconcerned.info](#)

(Berlin-Neukölln, 3.11.2015) Kippa tragender Israeli in Neukölln beschimpft

„Erneut wurde ein Kippa tragender Israeli in Neukölln beschimpft. Der Betroffene wurde am 03. November, um 10:45 Uhr auf der Karl-Marx-Straße, nahe des U-Bahnhofs Rathaus Neukölln mehrfach und in bedrohlicher Weise als „Yahudi“ beschimpft. „Yahudi“ ist das arabische Wort für Jude.“

Quelle: [Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus](#)

(Berlin, 29.08.2015) Jüdischer NS-Überlebender auf pro-palästinensischer Demonstration als „Nazi“ beschimpft

Am vergangenen Samstag, den 29. August, fand eine Mahnwache zum „Gedenken an die Opfer des Gazakrieges“ am Brandenburger Tor statt. Dabei wollten zwei Männer, ein 90-jähriger jüdischer NS-Überlebender und sein Sohn, die DemonstrantInnen darauf aufmerksam machen, dass der Krieg nicht vom Staat Israel ausging, sondern von der im Gaza-Streifen herrschenden Hamas. Im daraufhin entflammten Streit wurden beide von DemonstrantInnen als „Nazi“ beschimpft. Auch „Kindermörder Israel“ und „Faschist“ wurde ihnen entgegen gerufen. In darauffolgenden Gesprächen wurde ihnen unter anderem von einem Demonstranten nahegelegt, dass sie „die deutsche Geschichte bis heute ausnutzen.“

Quelle: [Youtube](#)

Gewalt gegen Sachen

(Dortmund/Nordrhein-Westfalen, 01.01.2015) Zerstörung an einer Gedenkstätte

„Ein Unbekannter zündete einen Kranz an, der im November vor dem jüdischen Mahnmal am Dorstfelder Hellweg abgelegt worden ist.“

Quelle: [WAZ](#)

(Bremen, 06.01.2015) Tourismus-Stele zum wiederholten Mal aus antisemitischer Motivation beschädigt

„Zum wiederholten Mal beschädigten Unbekannte aus antisemitischer Motivation eine Tourismus-Stele in Bremen, indem sie den Verweis auf Bremens israelische Partnerstadt Haifa entfernten.“

Quelle: [Weser-Kurier](#)

(Oldenburg, 15.02.2015) Jüdischer Friedhof geschändet

Unbekannte haben den jüdischen Friedhof in Oldenburg mit rechtsextremen Schmierereien geschändet. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Quellen: [weser-kurier.de](#) ; [neues-deutschland.de](#)

(Berlin, 21.05.2015) Reifen an Auto mit „I love Israel“-Aufkleber zerstoehen

„An einem Auto mit einem Aufkleber ‚I love Israel‘ sind in Berlin-Moabit zwei Reifen zerstoehen worden. Da als Motiv für die zerstoehenen Reifen Antisemitismus vermutet wird, ermittelt der Staatsschutz.“

Quell: [Bild](#)

(Stuttgart, 27./28.06.2015) Hakenkreuz und antisemitische Schmierereien auf jüdischen Friedhof entdeckt

„Ein großes, allerdings falsch gemaltes Hakenkreuz, ein paar Meter weiter das Wort ‚Hitler‘ – und das Ganze auf der Außenmauer des alten jüdischen Steigfriedhofs in Bad Cannstatt. Auf dem Gehsteig war zusätzlich noch mit einem Pfeil Richtung Eingang ‚Judenbank‘ geschmiert. Alles mit einer braunen Farbe“

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 30.06.2015, S. 26.

(Berlin, 23.08.2015) Glasscheibe an Eingangstür von Synagoge zerstört

„Ein Mitarbeiter des Zentralen Objektschutzes meldete in der vergangenen Nacht in Mitte eine Sachbeschädigung. Während seiner Streifenfahrt bemerkte er kurz vor 1 Uhr an der Synagoge in der Karl-Liebknecht-Straße, dass unbekannte Täter eine Glasscheibe der Eingangstür zerstört hatten. Der Polizeiliche Staatschutz hat die Ermittlungen übernommen.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Münster, 24.-31.08.2015) Synagoge vermutlich mit Luftgewehr beschossen worden

„Auf ein Fenster des neuen Festsaals ist offenbar mit einer Waffe ein Schuss abgegeben worden. Auch wenn der Sachschaden sich mit circa 2000 Euro in Grenzen halte, so sei laut Fehr die Fassungslosigkeit, die unter den Mitgliedern entstanden sei, viel schwerwiegender.“

Die Synagoge Münster war bereits Ziel eines Molotow- Cocktails, auch sind in der Vergangenheit Bürofenster im Synagogen-Zentrum eingeworfen worden. Nach dem erneuten Vorfall geht Fehr davon aus, dass die Synagoge weiterhin einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf.“

Quelle: [Westfälische Nachrichten](#)

Gewalt gegen Menschen

(Berlin, 26.03.2015) Antisemitische Beleidigungen und Körperverletzung

„Ein Mann, der im Verdacht steht in der Neujahrsnacht in einer U-Bahn mit weiteren Tätern antisemitische Gesänge („fuck Israel, fuck Juden“) angestimmt und in der Folge einen 26-Jährigen Mann, der das Geschehen mit seinem Handy gefilmt hatte, geschlagen und bespuckt zu haben, wurde gestern Nachmittag in Neukölln festgenommen.“

Quelle: [berlin.de](#)

(Berlin, 10.04.2015) Frau antisemitisch beleidigt und bespuckt

„Bei einem Streit in einem Treppenhaus eines Wohnhauses in Neukölln wurde eine Frau von ihrer Nachbarin antisemitisch beleidigt und bespuckt. Da sie wiederholt in dieser Form beleidigt worden sei, entschloss sich die Frau, dies bei der Polizei anzuzeigen.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 30./31.07.2015) Antisemitische Beleidigung und versuchte Körperverletzung

„Zwei Männer [wurden] in Neukölln beleidigt. Ihren Angaben zur Folge befanden sie sich kurz nach 11 Uhr vor einem Hotel in der Sonnenallee Ecke Ziegrastraße als plötzlich ein 28-Jähriger an sie herantrat und sie antisemitisch beleidigte. Die beiden 38 und 50 Jahre alten Sicherheitsmitarbeiter, die für die Maccabi Games eingesetzt sind, alarmierten daraufhin

Polizisten, die dort vor dem Hotel eingesetzt waren. Der staatenlose Tatverdächtige wurde noch vor Ort vorläufig festgenommen.

Weiterhin [...] sich heute Morgen, gegen 8.30 Uhr sechs Männer im Alter von 18 bis 23 Jahren bei der Polizei Berlin und zeigten an, dass sie gestern, gegen 22 Uhr, vor dem S-Bahnhof Sonnenallee von zwei Jugendlichen antisemitisch beleidigt worden sein sollen. Als die Männer, die vom äußeren Erscheinungsbild offensichtlich dem jüdischen Glauben zugehörig sind, die Treppe zum Bahnhof hochgelaufen waren, soll neben einem der sechs Männer ein Gegenstand auf dem Boden aufgeschlagen sein.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 25.10.2015) Antisemitischer Übergriff

„Heute früh wurde ein Mann auf dem U-Bahnhof Hallesches Tor in Kreuzberg durch einen Schlag verletzt. Nach seinen und den Aussagen eines Zeugen, soll der 25-Jährige beim Aussteigen aus der U-Bahn gegen 6.30 Uhr von einem ihm Unbekannten gefragt worden sein, ob er Jude sei. Obwohl er dies nicht ist, habe der Angesprochene mit Ja geantwortet und sei daraufhin ins Gesicht geschlagen worden.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

Propaganda

(Bockum, 04.03.2015) Antisemitische Schriften in Bockum

In Bockum sind in Briefkästen Schriften verteilt worden, die laut Staatsanwaltschaft den Verdacht auf Volksverhetzung durch Leugnung des Holocaust begründen. Der polizeiliche Staatsschutz habe die Ermittlungen aufgenommen. Auf dem Briefumschlag stand „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung aus Bonn“, offenbar hat eine Person diesen Titel, Vorgängernamen der heutigen „Jüdischen Allgemeinen“ unrechtmäßig verwendet.

Quelle: Rheinische Post, Krefelder Stadtpost/2015 vom 05.03.2015, S.16

(Dresden, 04.05.2015) Hitlergruß vor Synagoge bei PEGIDA-Kundgebung

„Die Polizei meldete (...), dass ein 24-jähriger Teilnehmer [der vergangenen PEGIDA-] Demonstration in Höhe der Synagoge den Hitlergruß zeigte. Er muss sich wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verantworten.“

Quelle: [Neustadt-Geflüster](#)

(Berlin, 16.10.2015) Judenfeindliche Parolen bei propalästinensischen Kundgebung in Berlin

Seit Mitte Oktober wurden auf Kundgebungen in Berlin zur Unterstützung einer neuen Intifada in Israel/Palästina judenfeindliche und antisemitische Parolen skandiert und Plakate mit beleidigendem Inhalt gezeigt.

Bereits bei einer propalästinensischen Kundgebung mit bis zu 100 Teilnehmenden vor dem Kanzleramt am 16. Oktober riefen Aktivisten den judenfeindlichen Schlachtruf „Khaibar khaibar ya yahod! Gaish Mouhamad sawfa yaood“, welcher sich auf den Feldzug gegen den jüdischen

Stamm in der Stadt Khaybar im Jahre 627 unserer Zeitrechnung bezieht. Ein Demonstrant forderte von der Hamas, Tel-Aviv explodieren zu lassen. Desweiteren wurde bei dieser Versammlung mehrfach die antisemitische Parole „Kindermörder Israel“ skandiert.

Die gleichen beiden Slogans wurden auch bei einer Kundgebung gegen den Besuch des israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu in der Nähe des Kanzleramts am 21. Oktober gerufen. (EB)

(Melsungen, 24.11.2015) Ditib-Gemeinde stellt antisemitische Hetze ins Netz

„Eine muslimische Gemeinde in Nordhessen hat judenfeindliche Sprüche auf Türkisch ins Internet gestellt. Das Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus hat die auf Türkisch veröffentlichten Sprüche übersetzt. Der Leser erfuhr etwa: ‚Die Juden predigen Gutes, aber hören nicht auf Böses zu tun‘, ‚Die Juden sind gemein‘, ‚Juden haben ihre eigenen Propheten umgebracht‘, ‚Juden sind geizig‘ und ‚Juden sind schwache Kämpfer‘.“

Quelle: [Die Welt](#)

(Bremen, 28.11.2015) „Inspektoren“ suchen Produkte aus Israel

„In Schutz-Mänteln mit Aufschrift ‚Inspektion‘ machten selbst ernannte ‚Kontrollere‘ Jagd auf Produkte aus Israel! Eine Aktion der israelfeindlichen ‚BDS-Gruppe‘ (Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen). Angeblich wegen einer EU-Kennzeichnungspflicht für Waren aus den Siedlungsgebieten.“

Quelle: [Bild](#)

(Ulm, 10.12.2015) Facebook-Kommentar bringt Mann vor Gericht

„Man hat die Juden nicht umsonst umgebracht“, postete ein 38-jähriger Neu-Ulmer auf Facebook als Kommentar zu einem Bericht auf Spiegel Online, in dem es um den Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis ging. Jetzt musste sich der Facebook-User vor dem Amtsgericht Ulm wegen Volksverhetzung verantworten, nachdem er einen Strafbefehl zurückgewiesen hatte.“

Quelle: [Augsburger Allgemeine](#)

3) Erfassung rassistischer und fremdenfeindlicher Vorfälle

Die strafgesetzlich am häufigsten im Bereich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit angewandte Maßregel ist das Verbot der sogenannten Volksverhetzung. Das Strafgesetzbuch (StGB) definiert Volksverhetzung im § 130 (1):

Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird (...) bestraft.

Dass nur solche Fälle der Volksverhetzung strafrechtlich geahndet werden, die geeignet sind "den öffentlichen Frieden zu stören", wird von Nichtregierungsorganisation zuweilen als "signifikante Strafbarkeitslücke im Recht" angesehen.⁸ Organisationen wie die *European Commission Against Racism and Intolerance* (ECRI) empfehlen daher, diese zusätzliche Bedingung zu streichen, damit Behörden effektiver gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen können.

Darüber hinaus wird bei der allgemeinen Strafzumessung (§46 StGB) seit Juni 2015 jede allgemeine Straftat, wie etwa Körperverletzung oder Beleidigung, härter geahndet, wenn dem Täter "rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende" Beweggründe nachgewiesen werden. Auch diese Reform wurde wiederholt von NGOs angemahnt⁹ und wurde schließlich auf Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umgesetzt.

In den offiziellen Zahlen der Polizei werden rassistische und fremdenfeindliche Straftaten unter dem Titel "Hasskriminalität" als Unterpunkt "fremdenfeindlich" registriert. Eine weitere Unterteilung etwa nach Vorfällen gegen Muslime, Sinti, Roma wird nicht vorgenommen.¹⁰

⁸ ECRI-Report Deutschland 2015, S. 14

⁹ Vgl. ECRI, a. a. O.

¹⁰ Eine weitere Unterscheidung der „Hasskriminalität“ wird jedoch derzeit erwogen. Vgl. dazu Deutscher Bundestag, Drucksache 18/7498: "Die Erweiterung des Oberthemas „Hasskriminalität“ um das Unterthema „islamfeindlich“ ist vom zuständigen Fachgremium befürwortet worden. Da die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Kriminalität im Jahr 2001 mit Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) in Kraft gesetzt wurden, bedarf die Erweiterung des Themenfeldkatalog PMK der Bestätigung durch die zuständigen Gremien der IMK. Das entsprechende Umlaufbeschlussverfahren läuft gegenwärtig.“

Da das Monitoring in weiten Teilen auf der Auswertung von Polizei- und Presseberichten beruht, liegt in der Mehrzahl der Vorfälle zumindest der Verdacht einer Straftat nach diesen Paragrafen vor. Unberücksichtigt bleiben dementsprechend oft Formen rassistischer oder fremdenfeindlicher Diskriminierung, die die Grenze zur strafrechtlichen Relevanz nicht überschreiten, oder aufgrund mangelnder Bereitschaft zur Anzeige unerkannt bleiben. Es ist auch Aufgabe von NGOs dieses Feld der "Dunkelziffer" ihren Möglichkeiten entsprechend zu verkleinern.

Zur Bestimmung von Rassismus jenseits der Strafverfolgung gibt beispielsweise die ECRI¹¹ folgende Definition an:

„Rassismus“ bedeutet die Überzeugung, dass ein Beweggrund wie Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationale oder ethnische Herkunft die Missachtung einer Person oder Personengruppe oder das Gefühl der Überlegenheit gegenüber einer Person oder Personengruppe rechtfertigt.

„Direkte Rassendiskriminierung“ bedeutet jede unterschiedliche Behandlung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationaler oder ethnischer Herkunft ohne sachliche und vernünftige Gründe. Eine unterschiedliche Behandlung ist nichtsachlich und vernünftig begründet, wenn sie kein legitimes Ziel verfolgt oder die Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel in Bezug auf das verfolgte Ziel unangemessen ist.

„Indirekte Rassendiskriminierung“ liegt in Fällen vor, in denen ein scheinbar neutraler Faktor wie eine Regelung, ein Kriterium oder ein Verfahren von Personen, die einer Gruppe angehören, die durch Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder nationale oder ethnische Herkunft gekennzeichnet ist, nicht einfach erfüllt werden kann oder sie benachteiligt, es sei denn, dieser Faktor ist sachlich und vernünftig begründet. Dies wäre der Fall, wenn ein legitimes Ziel verfolgt wird und wenn die Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel in Bezug auf das verfolgte Ziel angemessen ist.

Übersicht rassistischer und fremdenfeindlicher Vorfälle 2015

In der Übersicht der rassistischen Vorfälle fällt insbesondere der hohe Anteil an Gewalttaten gegen Menschen auf. Neben rassistischen Angriffen auf Einzelpersonen und Gruppen sind hier insbesondere Angriffe auf bewohnte Flüchtlingsunterkünfte zu berücksichtigen. In vielen Fällen handelt es sich dabei um Brandstiftung oder das Abfeuern von Pyrotechnik oder gar des Gebrauchs von Schusswaffen. So wird mindestens in Kauf genommen Menschen schwerwiegend zu verletzen oder gar zu töten. In einigen Fällen wird dies auch der Intention der Täter entsprechen.

Auch im Bereich von Beleidigungen und Propaganda besteht im Jahr 2015 oft ein Zusammenhang mit Asylbewerbern, entweder indem diese persönlich bedrängt werden, oder als Objekt der Hetze im Internet oder durch Schmierereien erhalten müssen. Der folgende Auszug verdeutlicht dies.

¹¹ General Policy Recommendation Nr. 7.

Auswahl rassistischer und fremdenfeindlicher Vorfälle 2015

Beleidigung und Beschimpfung

(Berlin, 05.08.2015) Polizist rassistisch beschimpft

„Der Polizeioberkommissar war nach dem Dienst uniformiert auf dem Weg nach Hause und stieg gegen 19.30 Uhr im Bahnhof Friedrichstraße um. Für eine Vielzahl anderer Fahrgäste bemerkbar, äußerte sich ein Pärchen zunächst negativ über die Polizei. Als der Beamte die beiden freundlich ansprach und nach dem Anlass für diese Aussagen fragte, beleidigten sie den Polizisten aufgrund seines Migrationshintergrundes. Während das Duo anschließend davon rannte, riefen sie weitere Beleidigungen in Richtung des Beamten, hoben den rechten Arm und schrien ‚Sieg Heil‘.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

Bedrohung

(Vlotho, 14.11.2015) Bedrohung mit Schreckschusswaffe an einer städtischen Flüchtlingsunterkunft

„Aus (...) einem dunklen PKW heraus mehrere Schüsse mit einer Schreckschusswaffe in Richtung der Flüchtlingsunterkunft abgegeben. Da ein fremdenfeindlicher Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann, hat der Staatsschutz der Polizei Bielefeld die Ermittlungen aufgenommen.“

Quelle: [Polizeipräsidium Bielefeld, via Presseportal](#)

Gewalt gegen Sachen

(Lübeck, 29.06.2015) Angriff auf zukünftige Asylbewerberunterkunft

„Auf eine im Bau befindliche Asylbewerberunterkunft im Lübecker Stadtteil Kücknitz ist am Montag ein Brandanschlag verübt worden. Nach ersten Erkenntnissen geht die Polizei von Brandstiftung aus.“

Quelle: [WELT](#)

(Weissach im Tal, 24.08.2015) Geplante Flüchtlingsunterkunft niedergebrannt

„Eine geplante Unterkunft für Asylbewerber in Baden-Württemberg ist am Montag durch ein Feuer weitgehend zerstört worden. Das Gebäude in Weissach im Tal bei Stuttgart stand leer,

verletzt wurde niemand. Auch einen Brandanschlag halten die Beamten für möglich – es wäre nicht der erste in der rund 7000 Einwohner zählenden Gemeinde.“

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Gewalt gegen Menschen

(Grabau/Schleswig-Holstein, 03.01.2015) Rauchbomben auf Asylbewerberheim

Unbekannte warfen in der Nacht zum 03.01.2015 Rauchbomben in ein Asylbewerberheim in Grabau. Aufgrund der starken Rauchentwicklung mussten zwei Menschen mit Rauchgasvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Quelle: [Lübecker Nachrichten](#)

(Albstadt/Baden-Württemberg, 07.01.2015) Auto als Waffe

Eine betrunkene Frau in Albstadt fuhr „mutwillig mit ihrem schwarzen BMW auf [zwei Männer] zu [...] und hatte sie mit ausländerfeindlichen Ausdrücken beleidigt [...]“

Quelle: [Schwarzwälder Bote](#)

(Porta Westfalica/Nordrhein-Westfalen, 18.01.2015) Asylbewerber angegriffen

„Eine Gruppe von etwa sechs Männern hat eine Unterkunft von Asylbewerbern in Porta Westfalica mit sogenannten Paintballwaffen beschossen. Die Männer riefen dabei ausländerfeindliche Parolen, wie die Polizei Bielefeld bekanntgab.“

Quelle: [e110](#)

(Berlin, 27.04.2015) Kameramann rassistisch angegriffen

Der Kameramann der Berliner Nachrichtenagentur berlintürk Metin Y. wurde auf der BÄRGIDA-Kundgebung am Montag von zwei Demonstranten rassistisch beschimpft, anschließend wurde ihm eine Fahnenstange in den Rücken gerammt. Auf der Kundgebung wurden erneut zahlreiche Fahnen getragen, auch einige, die dem Reichsbürgerspektrum zuzuordnen sind.

Quelle: [PM TBB](#), Vorortrecherchen

(Berlin, 09.05.2015) Rassistischer Mordversuch

„Bisherigen Ermittlungen zufolge wurden zwei 24 und 25 Jahre alte Männer mongolischer Herkunft auf dem U-Bahnhof Alexanderplatz von einer circa 9-köpfigen Personengruppe heraus zunächst aufgrund ihres asiatischen Aussehens rassistisch beleidigt. Am U-Bahnhof Klosterstraße drängte die Personengruppe die beiden Geschädigten aus der U-Bahn und schlug und trat auf die Opfer ein. Dabei stach einer der Angreifer kurz darauf dem durch die Angriffe bereits erheblich geschwächten 25-Jährigen mit einem Messer in den Bauch. Anschließend stieß ein weiterer Täter den schwer Verletzten in das Gleisbett.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Halberstadt, 19.07.2015) Flüchtlingshelfer mit Steinen beworfen

„Sechs Jugendliche haben am Sonntag an einer [Flüchtlingsunterkunft](#) in Halberstadt Steine auf Helfer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) geschleudert. Dabei wurde eine 20-jährige Helferin an der Wange getroffen und leicht verletzt, wie die Polizei mitteilte. Zudem sei mehrfach „Ausländer raus“ skandiert worden.“

Quelle: [ZEITonline](#)

(Berlin, 20.08.2015) Versuchter Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft

„Über den Zaun einer Flüchtlingsunterkunft im Blumberger Damm in Marzahn wurden in der vergangenen Nacht neun brennende Holzlatten geworfen. Alarmierte Polizeikräfte nahmen in der Nähe drei Tatverdächtige fest. Die zwei 21 und 25 Jahre alten Männer und die 41-jährige Frau wurden für den Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes eingeliefert.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 27.08.2015) Jugendlicher rassistisch beschimpft und angegriffen

„Gestern Abend wurde ein 17-jähriger von einem ebenfalls 17-jährigen Sportkameraden in Biesdorf beleidigt und anschließend geschlagen.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Halbe, 01.09.2015) Flüchtlinge mit Reizgas attackiert

„Ein Mann hat in einer Flüchtlingsunterkunft in Brandenburg Reizgas versprüht. Bei dem Angriff in Halber Gewerbegebiet Massow (Dahme-Spreewald) wurden am Dienstagabend 35 Bewohner verletzt.“

Quelle: [SPON](#)

(Bischofswerda, 18.09.2015) Rechte versuchen gewaltsam Einzug von Flüchtlichen zu verhindern

„Nur unter Polizeischutz sind Flüchtlinge im sächsischen Bischofswerda in ihre Notunterkunft gelangt. Rechte Krawallmacher belagerten am Freitagabend die Zufahrt, skandierten ausländerfeindliche Parolen und warfen eine Gasflasche gegen einen Bus mit Asylbewerbern.“

Quelle: [FAZ](#)

(Dortmund, 25.10.2015) Bewaffneter Angriff

„Vier junge Leute sind in der Nacht zu Sonntag in Dortmund Opfer eines fremdenfeindlichen Überfalls geworden. Die Angreifer, schreibt die Polizei, hätten zuvor nach der Nationalität ihrer Opfer gefragt und sie dann mit Flaschen und Baseballschlägern und Tritten attackiert.“

Quelle: [WAZ](#)

(Magdeburg, Wismar, Jena, 31.10./1.11.2015) Mehrere Menschen verletzt: Gewalt gegen Flüchtlinge erreicht Höhepunkt

„In Magdeburg (Sachsen-Anhalt) wurden am frühen Sonntagmorgen 20 bis 30 Personen beobachtet, die auf drei Syrer losgingen. Einige trugen Baseballschläger.“

Im mecklenburgischen Wismar wurden am Samstagabend zwei Syrer von mehreren Vermummten überfallen. Vor einer Turnhalle, die als Notunterkunft dient, wurden die zwei 31 und 33 Jahre alten Asylbewerber mit Baseballschlägern angegriffen und verletzt. Die Täter flohen unerkant.

In Jena wurde ein 27-jähriger Syrer am Sonntagmorgen von drei Männern an einer Straßenbahnhaltestelle zusammengeschlagen, wie die Polizei mitteilte. Das Opfer erlitt den Angaben nach leichte Verletzungen, die in der Notaufnahme behandelt wurden.“

Quellen: [Focus-Online](#) , [sh:z](#)

(Jüterbog, 20.11.2015) Sprengstoffanschlag auf Begegnungsstätte für Flüchtlinge

„In einer evangelischen Begegnungsstätte für Flüchtlinge im brandenburgischen Jüterbog ist es am späten Freitagabend zu einer heftigen Explosion gekommen. Die Polizei geht von einem Anschlag aus. Zuvor hatten in Jüterbog rund 200 Menschen unter dem Motto ‚Nein zum Asylwahn, Ja zu Jüterbog‘ demonstriert, angemeldet hatte die Demo der NPD-Lokalpolitiker Maik Schneider.“

Quelle: [Zeit-Online, Störungsmelder-Blog](#)

(Woldegk, 23.11.2015) Brandstiftung in Wohnhaus mit Flüchtlingen

„Unbekannte haben in Woldegk in Mecklenburg-Vorpommern ein Mehrfamilienhaus angezündet, in dem auch zehn Flüchtlinge untergebracht waren. Da der Qualm ins Treppenhaus zog, war den insgesamt 35 Bewohnern der Fluchtweg abgeschnitten. Ein 76-Jähriger und ein 14-jähriges Mädchen kamen mit Verdacht auf eine Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus.“

Quelle: [Neues Deutschland](#)

(Plauen, 01.12.2015) Jugendliche überfallen zwei afrikanische Flüchtlinge

„Dienstag kam es an der Straßenbahnhaltestelle am Postplatz zu einem Angriff auf zwei somalische Asylbewerber. „Als sich die Ausländer gegen 15.30 Uhr ein Straßenbahnticket ziehen wollten, wurden sie von einer Gruppe von etwa zehn Personen beleidigt, bedrängt und geschlagen“, sagte ein Polizeisprecher. Einem der Flüchtlinge klauten die Angreifer dabei über 200 Euro Bargeld aus dem Portemonnaie. Die beiden Geschädigten konnten schließlich aufs Polizeirevier flüchten. Die Beamten ermitteln gegen die Unbekannten wegen Raub, gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung.“

Quelle: [Bild](#)

Propaganda

(Zwickau-Neuplanitz, 28.02.2015) Fremdenfeindliche Schmierereien

„Mit Hakenkreuzen und fremdenfeindlichen Parolen sind in Zwickau-Neuplanitz Hauseingänge verunstaltet worden. Unbekannte beschmierten mehrere Eingangsbereiche und Hauswände von Wohnblocks mit Hakenkreuzen und ausländerfeindlichen Sprüchen u.a. mit z.B.: „Wir töten euch sowieso.“

Quelle: [mdr.de](#)

(Deutschland, 15.07.2015) Adressen von Asylbewerberheimen im Internet veröffentlicht

Derzeit kursiert eine Karte im Netz, die die Standorte von Asylbewerberheimen zeigt. Unter dem Titel „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“ wird dazu aufgerufen, jedes Asylbewerberheim in Deutschland einzutragen.

Quelle: [Mindener Tagblatt](#)

4) Erfassung rechtsextremistischer Vorfälle

Unter dem Titel "Rechtsextremismus" sind hier diejenigen Vorfälle aufgeführt, in denen Personen Unterstützung oder Sympathie für den Nationalsozialismus, neonazistische Gruppen oder Ideen, die mit diesen assoziiert sind, äußern. Darunter fallen insbesondere die Verwendung von Kennzeichen und Parolen derselben, sowie verbale und gewalttätige Angriffe auf politische "Feinde".

Verwendungen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sind im Bereich des Rechtsextremismus die häufigsten Tatbestände. Das Strafgesetz verbietet diese im §86a. Die Verwendung dieser Kennzeichen wird von den Behörden als klassische „Staatschutz“-Kriminalität eingeordnet, da sie auf ein der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik widersprechendes Motiv schließen lassen.

Außerdem können solche Vorfälle als rechtsextrem betrachtet werden, in denen Polizisten und Journalisten als Repräsentanten des von Rechtsextremen abgelehnten Systems, oder als „Linke“ wahrgenommene politische Gegner angegriffen werden.

Übersicht der rechtsextremen Vorfälle 2015

Im Feld der hier dem Rechtsextremismus zugeordneten Vorfälle dominiert die Kategorie der Hetze und Propaganda. In den meisten Fällen geht es dabei um die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, mit denen die betreffenden Personen offenbar ihrem Gegenüber ein politisches Bekenntnis geben wollen. Adressat sind oftmals Polizisten und Journalisten, die sich am Rande rechtsextremer Veranstaltungen aufhalten. Veranstalter dieser Veranstaltungen sind teilweise neonazistische Parteien wie der „III. Weg“ oder auch die lokalen Gruppen von „PEGIDA“. In vielen Fällen verspüren Personen allerdings auch das Bedürfnis ihre Gesinnung beliebigen Passanten öffentlich zu zeigen.

Fälle in denen das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen eindeutig zur Einschüchterung und Beleidigung von vermeintlichen Ausländern genutzt wird, sind unter der Kategorie Rassismus berücksichtigt. Tätliche Angriffe gegen Menschen und ihr Eigentum sind darüber hinaus oft gegen tatsächliche oder vermeintliche „Linke“ gerichtet.

Auswahl rechtsextremistischer Vorfälle 2015

Bedrohung

(Freital, 20.12.2015) Morddrohungen gegen Freitaler Bürgermeister

„Unbekannte haben im sächsischen Freital an mehreren Orten fremdenfeindliche Sprüche und Morddrohungen gegen den Oberbürgermeister an Hauswände geschmiert. Weitere Sprüche an den Häuserwänden lauteten „Wir wollen keine Asylheime in Freital“, „Freital soll sauber bleiben, keine Asylheime, keine Antifa“, „Richter raus du ZIOT“.“

Quelle: [Zeit](#)

(Dortmund, 30.06.2015) Drohanrufe gegen Anmelderin von Flüchtlingsdemo

„Weil sie eine Unterstützungs-Demo für Flüchtlinge angemeldet hat, ist die Westerfilderin Dorothea Moesch ins Visier Dortmunder Neonazis geraten. Die Rollstuhlfahrerin bekam Anrufe mit Todesdrohungen.“

Quelle: [WAZ](#)

(Dortmund/Nordrhein-Westfalen, 15.01.2015) Drohbriefe und „Todesanzeigen“ per Post

Offensichtlich rechtsradikale Täter verschicken in Nordrhein-Westfalen Drohbriefe und Todesanzeigen: „Betroffen sind Mitglieder der SPD-Jusos, Mitarbeiter der Piratenpartei und der Linken, aber auch Journalisten. Neben den Todesanzeigen erhalten sie auch immer wieder Briefe mit eindeutig fremdenfeindlichen und antisemitischen Parolen.“

Quelle: [WDR](#)

(Dachau, 07./08.08.2015) Rechtsradikale Parolen auf Gebäude eines Jugendtreffs geschmiert – Hakenkreuze und weitere Parolen auf Brücke

„„NSDAP“, „HH“, „Anti-Zecken“ oder „Wir kriegen euch alle – 88“: Solche Parolen sprühten der oder die unbekanntes Täter in großen Buchstaben und in blauer Farbe an die Außenfassade des Jugendtreffs in der Brunnengartenstraße. Laut Pressemitteilung war dies nicht der erste Übergriff mit neonazistischem Hintergrund.

Quelle: [Merkur](#)

Gewalt gegen Sachen

(Cottbus, 23./24.05.2015) Angriff auf linkes Hausprojekt – u.a. rechtsradikale Parolen

„In Cottbus wurde in der Nacht vom 23.5. zum 24.5. gegen Mitternacht das Hausprojekt „Zelle79“, welches vom „Verein für ein multikulturelles Europa e.V.“ getragen wird, von mehreren Unbekannten angegriffen. Innerhalb eines Monats war das Hausprojekt mehrmals das Ziel rechter Anschläge: es kam zur Beschädigung der Eingangstür und zur Beschmutzung der Fassade durch einen Farbbeutelangriff. Im unmittelbaren Umfeld des Projektes wurden rechte Schmierereien beobachtet, wie „Cottbus bleibt braun“. Das Vorgehen lässt vermuten, dass organisierte Strukturen hinter den Angriffen stecken.“

Quelle: [Niederlausitz aktuell](#)

(Berlin, 09.07.2015) Brandsatz auf Bundeskanzleramt geworfen – rechtsradikale Flugblätter zurückgelassen

„Ein Musiklehrer aus Steglitz war am vergangenen Donnerstag festgenommen worden, nachdem er einen Brandsatz auf das Gelände des Bundeskanzleramtes geworfen hatte. Er legte

danach ein umfassendes Geständnis ab und räumte auch sieben weitere Brandanschläge ein – gegen die CDU-Bundeszentrale, den Reichstag, das Paul-Löbe-Haus sowie die Grundstücksmauer des Schlosses Bellevue, in dem der Bundespräsident seinen Sitz hat.“

Quelle: [Berliner Kurier](#)

Gewalt gegen Menschen

(Weimar, 01.05.2015) 50 Rechtsradikale stürmen 1. Mai-Kundgebung

„Überraschend stürmen [in Weimar] etwa 50 Rechtsextreme auf den Platz, attackieren die Kundgebungsbesucher, verletzen vier Menschen. [...] Einige von ihnen trugen ein Plakat der „Jungen Nationaldemokraten“ mit sich, der Jugendorganisation der rechtsextremen NPD.“

Quelle: [Welt.de](#)

(Dresden, 24.07.2015) Übergriffe bei NPD-Demonstration: Rechtsextreme verletzten GegendemonstrantInnen

„Rechtsextreme griffen am Freitagabend Gegendemonstranten an. Knallkörper explodierten, es flogen Wurfgeschosse. Drei Menschen wurden verletzt, darunter eine junge Frau, die stark blutend von Sanitätern versorgt werden musste.“

Quelle: [SPON](#)

(Berlin, 31.08.2015) Rechtsradikale Parolen geäußert und Polizeibeamten angegriffen

„Ein Bundespolizist schritt gestern gegen einen Reisenden ein, der rechtsradikale Parolen in einer Berliner S-Bahn verbreitete. Als der Beamte einschritt und die Identität des Wohnungslosen feststellen wollte, griff der Mann den Beamten an.“

Quelle: [Presseportal Polizei](#)

(Dresden, 28.09.2015) Journalisten auf PEGIDA-Demonstration angegriffen

„Bei der Pegida-Kundgebung am Montagabend, zu der 9000 Menschen kamen, griffen selbst ernannte „Abendlandsretter“ zwei Journalisten an. Ein MDR-Reporter wurde getreten, einem Reporter der Lokalzeitung „Dresdner Neueste Nachrichten“ ins Gesicht geschlagen.“

Quelle: [FR-Online](#)

(Roßwein, 25.11.2015) Messerangriff auf Jugendlichen

„Das Bündnis Willkommen in Roßwein hatte am Montag auf seiner Facebook-Seite davon berichtet, dass ein junger Erwachsener aus Roßwein, der dem Willkommensbündnis nahe stehe, von Unbekannten im Stadtgebiet angegriffen und mit einem Messer schwer verletzt wurde. Nach Angaben des Geschädigten sei er mit dem Wort „Zeckenpack“ beschimpft worden.“

Quelle: [Leipziger Volkszeitung](#)

Propaganda

(Essen/Nordrhein-Westfalen, 17.01.2015) Bewaffnete Hooligans versuchen trotz Verbot zu demonstrieren

Um die 50 teilweise mit Baseballschläger, Quarzsand-Handschuhen und Passivbewaffnung ausgestattete Hooligans mussten von der Polizei daran gehindert werden, sich zu einer verbotenen Demonstration der *HoGeSa* („Hooligans gegen Salafisten“) zusammenzufinden.

Quelle: [WAZ](#)

(Berlin, 18.01.2015) Sowjetisches Ehrenmal beschmiert

„In Alt-Treptow haben Unbekannte mehrere Objekte auf dem Gelände des Sowjetischen Ehrenmals in der Puschkinallee beschmiert. Die Unbekannten hatten das Fahnenmonument, die Sarkophagreihe sowie Relieffiguren mit Farbe verunstaltet und Schriftzüge aufgebracht.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Düsseldorf/Nordrhein-Westfalen, 26.01.2015) Hitlergruß und Horst-Wessel-Lied bei Dügida-Demonstration

„Zwei der Dügida-Anhänger wurden am Abend festgenommen. Einer zeigte den Hitlergruß, ein weiterer sang laut Polizei das Horst-Wessel-Lied. Gegen beide Männer wurde ein Strafverfahren eingeleitet.“

Quelle: [Die Welt](#)

(Berlin/Brandenburg, 07.05.2015) Lied mit volksverhetzenden Inhalt von rechtsextremer Musikband geschrieben und verkauft

„Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes des Landeskriminalamtes Berlin führten mit Hilfe von Unterstützungskräften in Berlin und Brandenburg Durchsuchungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung durch. Die drei Beschuldigten im Alter von 26, 28 und 34 Jahren sollen Mitglieder einer rechtsextremen Musikband sein und stehen im Verdacht, ein Lied mit volksverhetzendem Inhalt geschrieben, CDs gepresst und diese verkauft zu haben.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Boblitz/Spreewaldeck, 27.05.2015) Hakenkreuze an Autobahnbrücke

„Am Mittwochmorgen wurden der Polizei rechte Schmierereien angezeigt, die an den Pfeilern einer Brücke zwischen der Anschlussstelle Boblitz und dem Spreewalddreieck aufgesprüht worden waren. In der Größe von 150 x 150 cm waren schwarze Hakenkreuze auf dem Beton gebracht worden.“

Quelle: [Polizei Brandenburg](#)

(Saarbrücken, 08.09.2015) „Deutschland erwache“ an Hauptbahnhof Saarbrücken gesprüht

„[Unbekannte Täter sprühten] gleich an mehreren Stellen am Hauptbahnhof in Saarbrücken die Wände mit Graffiti. Bei einem der Graffiti handelt es sich um ein dreiflügeliges Hakenkreuz mit

dem Schriftzug „Deutschland erwache“ Ein weiteres weist den Schriftzug „GRIK“ auf, in dem Dritten ist der Schriftzug „Antifa West“ zu erkennen.“

Quelle: [Polizei Presseportal](#)

(Erfurt, 23.09.2015) „Deutschen Gruß“ auf Demonstration gezeigt

„Am Mittwoch griffen rund 30 rechtsextreme Hooligans im Anschluss an die Versammlung eine Gruppe von Gegendemonstranten an. Auf der Strecke wurden Hitlergrüße gezeigt, unter den Augen der AfD-Ordner griffen Neonazis und Hooligans Gegendemonstranten und Journalisten an und bedrohten sie.“

Quelle: [BlogZeit](#)

(Berlin, 23.10.2015) Rechte Parolen und „Deutschen Gruß“ gezeigt

„Am gestrigen Nachmittag wurde ein Mann nach mehrmaligem Rufen von „Heil Hitler“ und Zeigen des „Deutschen Grußes“ in Charlottenburg festgenommen. Am Hardenbergplatz schrie der 32-Jähriger gegen 16.30 Uhr unvermittelt mehrere Polizisten an. Die Beamten begleiteten den Renitenten zu Fuß in Richtung Tiergarten. Auf dem Weg zeigte der 32-Jährige dreimal den „Deutschen Gruß“ und schrie dabei jeweils „Heil Hitler“.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

5) Erfassung homo- und transphober Vorfälle

Auch im Bereich der homophoben und transphoben Vorfälle gibt es Unterschiede zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Zahlen. Allerdings handelt es sich in diesem Fall nicht ein Problem der Definition. Die NGO MANEO bemerkt dazu¹²:

Die Höhe der statistisch erfassten Fallzahlen hängt von verschiedenen Faktoren ab. Neben der tatsächlichen Anzahl der Straftaten spielen die Anzeigebereitschaft der Opfer und Zeugen sowie die polizeiliche Einstufung von Straftaten als Politisch motivierte Kriminalität eine wichtige Rolle. Die tatsächliche sexuelle Orientierung der Opfer fließt in die Bewertung der Fälle nicht ein und wird von der Polizei auch nicht erfasst, ausschlaggebend ist allein die Tätervorstellung und -motivation.

Auf eine Anfrage von Abgeordneten des Bundestages zur Registrierung homo- und transphober Vorfälle im PMK-System der Strafverfolgungsbehörden, erklärt dazu die Bundesregierung¹³:

Von Opferorganisationen, einigen Journalisten und im Rahmen parlamentarischer Anfragen werden des Öfteren Listen und Opferzahlen zu Fällen „Politisch motivierter Kriminalität“ vorgelegt, die von den von der Bundesregierung veröffentlichten Zahlen abweichen. Dabei beruhen die Unterschiede im Wesentlichen auf folgenden Umständen:

Es werden generell unterschiedliche Zählweisen zugrunde gelegt: Nach dem seit dem 1. Januar 2001 geltenden „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und des auf dieser Grundlage eingeführten „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMd- PMK) sind als politisch motiviert einzuordnen und entsprechend statistisch zu erfassen.

Mit Hilfe des KPMd-PMK wird eine polizeiliche Statistik erstellt. In ihr gehen nur gegenüber der Polizei gemeldete Taten ein, während beispielsweise Opferorganisationen einräumen, auch Fälle zu erfassen, die – aus unterschiedlichen Gründen – nicht gegenüber der Polizei bekannt gemacht worden sind. Zudem gibt diese Statistik grundsätzlich nur die Fallzahlen wieder, wie sie sich nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen darstellen. Später eventuell abweichende Erkenntnisse und Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und/oder des Strafgerichts gehen nur ausnahmsweise in die Statistik ein: Wenn sie der Polizei bekannt werden und die Landeskriminalämter sie entsprechend an das Bundeskriminalamt weitermelden. Jedoch erlangt die Polizei allenfalls bei spektakulären Straftaten – wie vollendeten Tötungsdelikten – Kenntnis von Entscheidungen der Staatsanwaltschaft und/oder des Strafgerichts.

Die Zahlen der politisch motivierten Kriminalität werden von den Ländern erhoben. Ausschließlich ihnen obliegt die Bewertung, ob eine Straftat als politisch motiviert einzuordnen ist. Die einheitliche Anwendung der Definitionen und Erfassungskriterien sind von den Landeskriminalämtern zu kontrollieren.

¹² MANEO-Report 2013, S. 70.

¹³ Deutscher Bundestag, Drucksache 16/12634.

Aus Homophobie begangene Straftaten sind Teilmenge der „Hasskriminalität“ und werden dort bei dem Unterthema „sexuelle Orientierung“ erfasst.

Die Divergenz von zivilgesellschaftlich und staatlich erhobenen Zahlen lässt sich also einerseits dadurch erklären, dass viele der Betroffenen die Vorfälle nicht den Behörden anzeigen. Andererseits ist jedoch nicht immer sicher, ob Beamte vor Ort das KPMD-PMK System kennen und anwenden, sodass homophobe Übergriffe auch als solche erfasst werden. Dies scheint oftmals nicht der Fall zu sein.¹⁴ Dieses Erfassungsproblem ist jedoch nicht bedingt durch die Definition des Phänomens, wie es bei der Ermittlung antisemitischer Vorfälle vorliegt, sondern ließe sich dadurch teilweise beheben, dass die richtige Anwendung des KPMD-PMK sichergestellt wird, wie auch zivilgesellschaftliche Gruppen feststellen. Dazu MANEO¹⁵:

In den Jahren 2012 und 2013 wurden umfangreiche Fortbildungen der örtlichen Polizeikräfte zum Thema Straftaten gegen die sexuelle Orientierung durchgeführt. Darüber hinaus ist die Sensibilisierung der (LSBTIQ-) Bevölkerung in der Präventions- und Netzwerkarbeit für die Bedeutung der Anzeigenerstattung bei der Polizei eine der Kernaufgaben der Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Vor diesem Hintergrund wird der verzeichnete Anstieg der Fallzahlen auch positiv bewertet.

Übersicht homo- und transphober Vorfälle 2015

Auch bei den dokumentierten homophoben Vorfällen überwiegen tätliche Angriffe auf Menschen. Im Hinblick auf die oben beschriebene Problematik der vermutlich großen Dunkelziffer bei der Erfassung homophober Vorfälle muss dies jedoch vermutlich unter Vorbehalt betrachtet werden. Vermutlich bleiben weniger schwerwiegende Vorfälle meist außerhalb des Horizonts der Presse. Allerdings fällt außerdem auf, dass die hier gesammelten Polizeimeldungen in erster Linie aus dem Raum Berlin stammen. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass die Mitarbeiter der jeweiligen lokalen Polizeibehörden unterschiedlich stark gegenüber homo- und transphober Übergriffe sensibilisiert sind.

Homophobe Vorfälle 2015

Beleidigung und Beschimpfung

(Berlin, 28.01.2015) Homophobe Beleidigung

¹⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14754.

¹⁵ a.a.O.

Ein 46-Jähriger wird mit Reizgas besprüht. Der Tatverdächtige gibt gegenüber der Polizei an zuvor von dem „Geschädigte“, der mit einem Hammer bewaffnet gewesen sei, homophob bedroht worden zu sein.

Quelle: Polizeimeldung Berlin

(Berlin Tempelhof-Schöneberg 14.02.2015) Homophobe Beleidigung

Zwei Männer wurden in einer Bar in Schöneberg homophob beleidigt und tätlich angegriffen. Die Täter konnten fliehen. Der Polizeiliche Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Quelle: berlin.de

Gewalt gegen Sachen

(Berlin, 27.06.2015) Regenbogenflagge vor Rathaus gestohlen

„Unbekannte stahlen gestern Abend eine Regenbogenflagge in Zehlendorf, die vor dem Rathaus gehisst war. Gegen 20.30 Uhr beobachtete eine Mitarbeiterin des Bezirksamtes in der Kirchstraße drei Männer, die die Sicherung am Mast lösten, die Flagge abhängten und dann flüchteten.[...]“

Quelle: Polizei Berlin

Gewalt gegen Menschen

(Hamburg, 17.01.2015) Homophobe Beleidigungen und körperlicher Angriff in Fitnessstudio

„In einem Hamburger Fitnessstudio wurden zwei Homosexuelle beleidigt, massiv bedroht und körperlich angegriffen. Kritisiert wird von den Opfern des Übergriffs auch die Reaktion von Seiten der Mitarbeiter des Fitnessstudios.“

Quelle: Hamburger Abendblatt

(Berlin-Mitte, 04.02.2015) Frauen attackiert

Eine Gruppe junger Männer hat zwei Frauen zunächst mit Schneebällen beworfen, sie dann homophob beleidigt und schließlich attackiert. Die Täter flüchteten unerkannt in Richtung Sparrplatz und warfen dabei leere Flaschen auf die Frauen.

Quellen: berlin.de tagesspiegel.de

(Brandenburg an der Havel, 04.03.2015) Unbekannter schlug „schwulen“ 13-Jährigen

„Die Polizei in Brandenburg an der Havel sucht einen Jugendlichen, der einen 13-Jährigen offenbar aus Homophobie vor einem Shoppingcenter geschlagen und verletzt hat. Durch den Schlag erlitt der 13-Jährige Verletzungen im Gesicht.“

Quelle: queer.de

(Berlin, 12.03.2015) Entführung des schwulen Sohnes

„Weil Vater und zwei Onkel vor Gericht fehlten, erließ die Amtsrichterin Strafbefehle über jeweils 1350 Euro. Sie sollen den heute 18-jährigen Nasser wegen seiner Homosexualität misshandelt und entführt haben.“

Quelle: tagesspiegel.de

(Freiburg, 05.04.2015) Homophober Übergriff auf schwules Paar

„Wie die Polizei erst jetzt mitteilte hat am vergangenen Wochenende ein junger Mann ein schwules Paar im Bermudadreieck attackiert. Dabei wurde einer der beiden jungen Männer verletzt.“

(Berlin, 06.05.2015) Homophob beleidigt und geschlagen

„Ein Gast eines Restaurants in Kreuzberg [wurde] von einem 20-Jährigen homophob beleidigt. Der 44-Jährige saß gegen 16 Uhr im Außenbereich eines Lokals am Mehringdamm, als sich der 20-Jährige vor den Tisch stellte, sein Geschlechtsteil entblößte und ihn dabei homophob beleidigte.“

Quelle: Polizei Berlin

(Berlin, 17.05.2015) Homophobe Beleidigung und Raub

„Bisherigen Erkenntnissen zufolge begaben sich zwei junge Männer gegen 1.40 Uhr von einer Feier in den Moabiter Stadtgarten in der Siemensstraße und trafen dort auf drei Männer. Das Trio soll die beiden 18-Jährigen zunächst homophob beschimpft und anschließend beraubt haben. Die Räuber schlugen ihre Opfer und flüchteten mit den Geldbörsen und Mobiltelefonen.“

Quelle: Polizei Berlin

(Berlin, 29.05.2015) Körperverletzung nach homophober Beleidigung

„Nach bisherigen Erkenntnissen trafen die beiden händchenhaltenden Spaziergänger im Alter von 30 und 40 Jahren gegen 21.30 Uhr in der Admiralstraße auf eine sechs- bis achtköpfige Gruppe, aus der heraus sie zunächst gemustert und dann homophob beleidigt worden sein sollen. Anschließend sollen zwei Männer aus der Gruppe erst dem 40-Jährigen ins Gesicht geschlagen haben, woraufhin dieser auf den Gehweg stürzte und attackierten dann den Jüngeren.“

Quelle: Polizei Berlin

(Berlin, 27.06.2015) Am CSD homophob beleidigt und geschlagen

„Nach Angaben von Zeugen ging gegen 21 Uhr ein 28-Jähriger auf der Straße des 17. Juni mit einem Ausruf des Erschreckens oder der Verwunderung auf eine Gruppe von Teilnehmern des Demonstrationzuges zu und schlug unvermittelt mit der flachen Hand einem 25-Jährigen ins Gesicht. Die Betroffenen berichteten weiter, dass der Angreifer einem 19-jährigen Begleiter ins Gesicht gespuckt hatte, als dieser zu schlichten versuchte. Schließlich beleidigte er die Gruppe homophob und entfernte sich.“

Quelle: Polizei Berlin

(Berlin, 07.07.2015) Beleidigung und Übergriff auf transsexuelles Paar

„In einem Café in Lankwitz wurde gestern Nachmittag ein transsexuelles Pärchen beleidigt und attackiert. Dabei soll die Frau beide Männer aufgrund deren sexueller Orientierung beleidigt und

auch ihr fünf Jahre jüngerer Partner sich diesen Beleidigungen angeschlossen haben. Zudem sollen beide den Angegriffenen frisch gebrühten Kaffee ins Gesicht geschüttet haben.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 24.07.2015) Homosexuelles Pärchen beleidigt und angegriffen

„Am Rande eines Fußballspiels in Prenzlauer Berg kam es gestern Abend zu einem Vorfall, bei dem ein homosexuelles Pärchen zunächst beleidigt und einer von ihnen anschließend schwer verletzt wurde. Aus [einer] Gruppe heraus wurde das Paar plötzlich von einem 28-Jährigen beleidigt. Kurz darauf schlug er dem 48-Jährigen mit der Faust mehrmals ins Gesicht, so dass dieser schwere Verletzungen erlitt.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 30.08.2015) Bei mutmaßlich homophoben Vorfall verletzt

„Opfer eines mutmaßlich homophoben Übergriffs wurden heute früh zwei Männer in Friedrichshain. Das 26 und 27 Jahre alte Paar saß gegen 6.45 Uhr auf einer Parkbank in der Revaler Straße, als ein 18-Jähriger, der sich augenscheinlich durch die beiden gestört fühlte, unvermittelt mit einer Flasche auf den Älteren einschlug.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 06.09.2015) Homophob beleidigt und geschlagen

„In Prenzlauer Berg sollen heute Morgen zwei Männer zunächst beleidigt und anschließend geschlagen worden sein. Gemäß ihren Angaben waren sie gegen 7 Uhr zusammen Hand in Hand laufend in der Bornholmer Straße unterwegs, als sie von vier Unbekannten zunächst homophob beleidigt wurden. Die beiden 43 und 53 Jahre alten Männer gingen nicht auf die Beleidigungen ein und versuchten ihren Weg fortzusetzen. Das gelang jedoch nicht, da die Gruppe nun damit begann mit Fäusten auf sie einzuschlagen. Dadurch erlitt der Ältere Verletzungen im Gesicht und an der Schulter. Der Jüngere wurde ebenfalls im Gesicht verletzt. Anschließend sollen die Schläger in Richtung Pankow geflüchtet sein.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)

(Berlin, 06.10.2015) Homophober Übergriff in Flüchtlingsunterkunft

„Zu einer körperlichen Auseinandersetzung mit homophoben Hintergrund kam es in der vergangenen Nacht in einer Flüchtlingsunterkunft in Lichtenfelde. Gegen 23.50 Uhr geriet ein Pärchen aus zwei 21 und 28 Jahre alten Männern wegen ihrer sexuellen Orientierung mit drei Personen im Ostpreußendamm zunächst in einen verbalen Streit. Im Verlaufe dieses Streits soll dann der 21-Jährige von einem Angreifer ins Gesicht geschlagen, in den Arm gebissen und verbal bedroht worden sein.“

Quelle: [Polizei Berlin](#)